



Genossin Martina Thiele (2. v. l.), Bürgermeisterin der Gemeinde Pratau, Kreis Wittenberg, im Gespräch mit Abgeordneten der örtlichen Volksvertretung.

Foto: Fred Reis

hend von den gesamtstaatlichen Erfordernissen, zu planen, zu leiten und schöpferisch mit den Menschen zu organisieren. Dazu gehört auch, eine gründliche analytische, lebensnahe Arbeit in der Gemeindevertretung und ihrem Rat zu entfallen. Die Auswahl der Nachwuchskader erfolgt in Wittenberg nach den Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Kaderpolitik. Es geht der Kreisleitung und dem Rat des Kreises vor allem um Entwicklung und Erziehung hervorragender Facharbeiter, Funktionäre des Jugendverbandes, um erfahrene Genossen, die vorbildliche Leistungen in der Produktion vollbringen, Ansehen bei den Bürgern genießen und möglichst bereits Erfahrungen als Abgeordnete, Funktionäre der Partei oder der Massenorganisationen besitzen.

Genosse Werner Jofin, Vorsitzender des Rates des Kreises, nennt 2 Gesichtspunkte, die bei der langfristigen Heranbildung des Kadernachwuchses eine Rolle spielen: einmal der natürliche Abgang in den nächsten Jahren, denn bewährte Bürgermeister treten in das Rentenalter, und zum anderen auch, daß einige Veränderungen notwendig sind, um den Erfordernissen der 80er Jahre und der Größe der volkswirtschaftlichen Aufgaben entsprechend die Qualität der staatlichen Leitungstätigkeit in jeder Gemeinde zu erhöhen.

Über feste Abmachungen mit den Betrieben, so wie sie für Martina Thiele und Reinhard Kelle getroffen wurden, werden 2 unterschiedliche Wege beschritten:

1. Die jungen Genossen bleiben im Betrieb und werden hier systematisch politisch und fachlich qualifiziert. Vor allem geht es um ihre klassenmäßige Erziehung im Prozeß der Arbeit und das Erlangen von Führungseigenschaften durch ihre Einbeziehung in das politische Leben. Dafür tragen in erster Linie die BPO Verantwortung, und sie nehmen sie auch überwiegend gewissenhaft wahr.

Der 2. Weg: Die Genossen scheiden aus ihrem Betrieb aus und werden, wie Reinhard Kelle, im Staatsapparat auf ihren künftigen Einsatz vorbereitet. Hier durchlaufen sie mehrere Abteilungen. Sie lernen so den Kreis und vor allem die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für eine bürgernahe Kommunalpolitik und die Lösung der gesamtstaatlichen Aufgaben kennen.

Zur Qualifizierung gehört in den meisten Fällen ein Studium an der Fachschule in Weimar. 4 bis 6 Genossen, darunter auch bereits gewählte Bürgermeister und andere Staatsfunktionäre, werden jährlich delegiert. 67,6 Prozent der Bürgermeister haben diese fachliche Qualifikation bereits erworben.

In den Vereinbarungen des Rates mit den Betrieben wird auch die marxistisch-leninistische Weiterbildung der Genossen geregelt. In Delegierungsverträgen ist enthalten, wer wann die Betriebs- oder die Kreisschule besuchen wird. Ferner nehmen jedes Jahr 3 Staatsfunktionäre das Studium an der Bezirksparteischule auf. All das ist mit der Kreisleitung abgestimmt, worden. Ausnahmslos alle Bürgermeister im Kreis haben so eine solide politische Qualifikation erlangt.

Und das Ergebnis dieser vorausschauenden, langfristigen und kontinuierlichen Arbeit mit den Kadern im Kreis Wittenberg: Die staatlichen Organe wurden und werden klassenmäßig gestärkt. Es gibt keine Fluktuation unter den Staatsfunktionären. Das wurde erreicht, weil die Kaderarbeit ständiger Bestandteil der Tätigkeit der Kreisleitung und des Rates des Kreises ist, die örtlichen Staatsorgane eng mit den Betrieben Zusammenwirken, dabei jeglichen Formalismus und Schematismus vermeiden, auch die menschlichen Probleme berücksichtigen und immer mehr anstreben, daß die Bürgermeister möglichst aus der Gemeinde kommen, in der sie, wie Genossin Thiele, eingesetzt werden sollen, wo sie folglich zu Hause, bekannt und anerkannt sind.